



Botschafter von Ungarn

An Frau Dr. Daniela Schwarzer
Direktorin
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik

CC:

An Herrn Dr. Thomas Enders
Präsident
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik

Berlin, den 30. April 2020

Sehr geehrte Frau Direktorin,

Ein Artikel der Schwäbischen Post vom 29. April 2020 zitiert einen Satz von Ihnen über Ihre Erwartung an den anstehenden deutschen EU-Vorsitz wie folgt: „Auf Deutschland kommen auch unbequeme Herausforderungen zu, erklärt Daniela Schwarzer, Direktorin der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. 'Als Ratspräsident muss Deutschland nicht nur als Vermittler auftreten, sondern auch Konfliktfreude zeigen' – vor allem im Umgang mit Ländern wie Ungarn, die die Corona-Krise nutzen, um dauerhaft autoritäre Formen des Regierens durchzusetzen.“

Es ist nicht zum ersten Mal, dass Sie schwerwiegende, jedoch unbegründete Vorwürfe in den öffentlichen Raum stellen. Zuletzt habe ich in meinem an Sie gerichteten Brief vom 3. April 2020 versucht, diese Anschuldigungen Punkt für Punkt sachlich zu zerstreuen. Ich war zwar nicht überrascht, aber halten wir dennoch fest: Sie haben auf meinen Brief und mein Angebot für einen faktenbasierten Dialog nicht einmal reagiert.

Nun haben Sie erneut eine beleidigend unbegründete Äußerung getätigt, just an dem Tag, an dem die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission feststellte: aufgrund der gründlichen Analyse des ungarischen Covid-19-Gesetzes sehe sie zur Zeit keinen Anlass, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn in die Wege zu leiten. Es stimmt (und ist ebenfalls nicht überraschend), dass diese Stellungnahme der Kommission nur in einigen wenigen Organen der deutschen Medienlandschaft – die ansonsten die ungarischen Maßnahmen gegen die Covid-19-Pandemie mit regem Interesse verfolgt – veröffentlicht wurde, aber die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik ist eine seriöse Institution – nehme ich zumindest an –, um sich in solchen Fragen entsprechend zu informieren.

Was Ihre „Erwartungen“ bezüglich der sich nähernden Präsidentschaft betrifft: Deutschland erfüllt diese verantwortungsvolle Funktion zum 13. Mal, und wenn die These stimmt, dass Europa die größte Krise nach dem II. Weltkrieg durchlebt, dann können wir ohne Übertreibung behaupten, dass die deutsche Präsidentschaft die wichtigste Präsidentschaft der Geschichte der EU sein wird.

Ungarn hatte bislang nur einmal, im Frühling 2011 den Vorsitz des Rates der Europäischen Union, aber wir erfuhren mit großer Intensität, wie das Leben die eigenen Pläne überschreibt. Denken wir

Unter den Linden 76, 10117 Berlin

Telefon: +49 (30) 203 10-141, -139 Fax: +49 (30) 229 1314 E-mail: mission.ber@mfa.gov.hu

web: www.mfa.gov.hu/emb/berlin twitter: <http://twitter.com/botschaftungarn>

www.facebook.com/pages/Botschaft-von-Ungarn-in-Berlin



Botschafter von Ungarn

hier nur an Fukushima, an die Krise der Eurozone oder an den „Arabischen Frühling“. Dennoch haben wir alles nur Erdenkliche unternommen, um unter der ungarischen Präsidentschaft zum Erfolg gebrachten Dossiers zu vererben, wie die Europäische Roma-Strategie, die Donau-Strategie, oder die an dem letzten Tag der ungarischen Präsidentschaft abgeschlossenen Beitrittsverhandlungen mit Kroatien, welche auch seitdem als letzter Durchbruch der Erweiterungsstrategie gilt. Und eines der größten Pakete des Mitentscheidungsverfahrens, das sogenannte „Sixpack“ brachten wir in nur 10 Wochen in die Endphase, so dass nur eine Frage offen blieb, vielleicht können Sie sich daran erinnern, gerade wegen des „Deauville Deals“.

Die Pläne der deutschen Präsidentschaft wurden von den Geschehnissen schon jetzt, Monate vor Ihrem Beginn überschrieben. Dennoch schauen viele mit großen Hoffnungen auf Ihre bevorstehende Präsidentschaft. Auch ich gehöre zu diesem Kreis. Sie erwarten von dem größten EU-Staat die Neuentdeckung seiner früheren Führungs- und Vermittlerrolle. Natürlich fügen Sie hinzu, dass einer der Grundparameter dieser Rolle die „Konfliktfreude“ gegenüber Ungarn sein soll.

Sehr geehrte Frau Direktorin! Ich repräsentiere ein Land in Ihrer Heimat, das die Konflikte, die Diskussionen nicht meidet, solange sie einen Sinn und eine Funktion haben, Fakten basiert sind und die Partner einander gegenüber respektvoll sind. Ich habe darauf gehofft, dass die Diskussion über die Rechtsstaatlichkeit nach der Stellungnahme der Europäischen Kommission in einen rechtlich und politisch korrekten Rahmen zurückkehren kann. Würde dem so sein, könnte sich auch hier die Chance zu einer rationalen Diskussion und zu einem Fortschritt ergeben, wie ich es in meinem Brief an den europäischen Direktor des Auswärtigen Amtes (<https://berlin.mfa.gov.hu/asset/view/121148/Herrn%20Dr.%20Andreas%20Peschke.pdf>)

zusammengefasst habe. Ihre Herangehensweise ohne Respekt für Tatsachen und für einzelne Mitgliedsländer lässt eine andere Richtung vermuten. Ich kann mich dem Eindruck nicht verwehren, dass es sich hierbei um einen früher in das Gewand der Rechtsstaatlichkeit gekleideten, heute aber schon mehr oder weniger unverhüllten politisch-ideologischen Streit handelt, bei dessen Austragung voller „Konfliktfreude“ einige der deutschen Präsidentschaft eine wesentliche und parteiische Rolle vorsehen.

Ich bin mir dessen sicher, dass Deutschland, die Bundesregierung und ihre verantwortlichen Politiker, sowie ihre Fachleute ihre Aufgaben verantwortungsvoll und ausgezeichnet erledigen werden. Bei der erfolgreichen Bewältigung der historischen Herausforderung können sich unsere deutschen Freunde und Verbündete auf uns, Ungarn verlassen.

Ich halte mein schriftliches Angebot vom 3. April auf einen Dialog weiterhin aufrecht.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Péter Györkös

Unter den Linden 76, 10117 Berlin

Telefon: +49 (30) 203 10-141, -139 Fax: +49 (30) 229 1314 E-mail: mission.ber@mfa.gov.hu

web: www.mfa.gov.hu/emb/berlin twitter: <http://twitter.com/botschaftungarn>

www.facebook.com/pages/Botschaft-von-Ungarn-in-Berlin